Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubert, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 16 — **Donnerstag, den 20. Januar 1921** — **49. Jahrgang**

Reichstag.

(Sitzung vom 19. Januar.)

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung und gedenkt des Tages der Reichsgründung vor 50 Jahren. Der Präsident gibt der Zuversicht Ausdruck, daß die gegen ihren Willen von uns getrennten Landesteile und auch die Deutsch-Oesterreicher wieder mit uns vereinigt werden mögen. (Beifall.) Der Präsident gedenkt dann des verstorbenen Abgeordneten Legien (Soz.) und des verschiedenen ehemaligen Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg. Man mag über ihn urteilten wie man will, er hat jedenfalls die besten Absichten gehabt. (Zurufe bei den Kommunisten: „Er war ein Kriegsschuldiger." Lebhafte Pfuirufe im ganzen Hause.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhebt Abg. Levi (Komm.) Protest gegen die Feier anläßlich des Tages der Reichsgründung. — Das Auslandsschadengesetz, das Kolonialschadengesetz und das Verdrängungsschadengesetz gehen an einen besonderen Ausschuß.

Der Belagerungszustand in Bayern.

Auf der Tagesordnung steht ein Antrag Aderhold (Unabh.) über die Außerkraftsetzung der von der bayrischen Regierung auf Grund des Artikels 48, Absatz 4, für Bayern getroffenen Maßnahmen. — Abg. Goldmann-Franken (Unabh.) begründet den Antrag. Mit dem Belagerungszustand kann jeder Esel regieren. In dieser Eselei schießt die bayrische Regierung den Vogel ab. In keinem anderen Lande hat man wie wir so lange Zeit mit dem Belagerungszustand regiert. Die Arbeiterschaft und alle freiheitlichen Elemente werden durch sie ununterbrochen provoziert.

Reichsminister des Innern Koch erklärt, daß die Reichsregierung zur Nachprüfung der Notwendigkeit des Ausnahmezustandes mit der bayrischen Regierung in Verbindung getreten ist. In Bayern wurde der Belagerungszustand verhängt, nachdem die Bevölkerung die schweren Nöte der Kommunistenherrschaft durchgemacht hatte. Durch die Forderung der Entente, die eine Umgestaltung der bayrischen Schutzmaßnahmen bezweckt, wird die öffentliche Sicherheit erneut gefährdet. Die Reichsregierung hat sich daher eines plötzlichen Eingriffes enthalten. Bei fortschreitender Beruhigung der Bevölkerung hält aber die Reichsregierung die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes für bedenklich. Sie hofft, im Wege der Verhandlungen zu einer Verständigung mit Bayern zu kommen. Von einer Beschlußfassung auf Aufhebung des Belagerungszustandes bittet die Reichsregierung abzusehen. Bayrischer Staatssekretär Schweyer gibt einen Ueberblick über die bayrischen Verhältnisse. Die Rechtmäßigkeit der Verordnung kann nicht bezweifelt werden. Bayern hat zu stark unter der Räteregierung leiden müssen. Eine Wiederholung dieser Zustände muß verhindert werden. Die Schuld an dem Ausnahmezustand tragen die Linksparteien mit ihrer verhetzenden Propaganda. Wir werden mit der Aufhebung der Verordnung nicht zögern, wenn die bayrische Regierung überzeugt ist, daß sie bei der Aufrechterhaltung der Staatsgewalt von der Reichsregierung unterstützt wird. — Abg. Vogel (Soz.): Wir stimmen dem Antrag zu. Die Verordnung sollte nur vorübergehend sein. Der jetzigen bayrischen Regierung ist sie aber ein willkommenes Werkzeug der Reaktion. Mit wenigen Ausnahmen lehnt die bayrische Arbeitsgemeinschaft Gewaltmaßnahmen ab. Bayern ist der Hort der Reaktion geworden. Die Einwohnerwehren können jeder Regierung ihren Willen aufzwingen.

Abg. Emminger (Bayr. Vpt.): In Bayern empfinden nur ganz verschwindend kleine Kreise das Bestehen des Ausnahmezustandes. Unter der Räteregierung hat sechs Monate lang ein viel unerträglicherer Ausnahmezustand bestanden. Die Angriffe gegen die bayrischen Volksgerichte sind unberechtigt. Von einer Schuld der Regierung an der Anwendung des Amnestiegesetzes kann keine Rede sein. Alles in allem sind die bayrischen Volksgerichte eine ausgezeichnete Einrichtung. — Abg. Dr. Stratmann (D.-Natl.) schildert die Vorwürfe, die gegen Bayern, dieses Land der zielbewußten Reaktion, erhoben werden. Tatsächlich werde in keinem Lande so zielbewußt an der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung gearbeitet wie in Bayern. Das solle durch den Antrag erschwert werden. Was wir im Ruhrrevier erleben mußten, wollen wir in Bayern nicht erleben. Als Redner dann darauf zu sprechen kommt, daß das Bestreben der Linken, die Amnestie auch auf die Angeklagten aus der Räterepublik auszudehnen, in Bayern große Erregung hervorgerufen hat, erfolgen erneut Zwischenrufe der äußersten Linken. Die bayrische Regierung, fährt Redner fort, will nur die Produktion und regelmäßige Arbeit schützen. In Berlin, wo solches Ausnahmegesetz nicht besteht, ist erst kürzlich bei zwecklosen Demonstrationen wieder Blut geflossen. Das kommt bei uns dank unserer vorbeugenden Maßnahmen nicht vor. (Erneuter Lärm, Vizepräsident Bell bittet um Ruhe.) Wer die Gefahr des Blutvergießens vergrößern will, der hebe den Ausnahmeparagraphen auf. Das kann im übrigen nur die bayrische Regierung selbst, nicht etwa der Reichstag oder die Reichsregierung. (Die äußerst temperamentvollen Ausführungen des Redners, um dessen Rednerpult sich viele Abgeordnete drängen, werden fortgesetzt von Zwischenrufen aller Parteien begleitet. Als der Redner erklärt, alles, was aus Berlin komme, finde in Bayern den schlechtesten Kredit und Berlin als international Schieberest und als die Zentrale des gesetzwidrigen Kampfes gegen die Einwohnerwehren bezeichnet, folgt ein erneuter Sturm auf der äußersten Linken. Redner schließt mit einem Antrage, der auf den übertriebenen Zentralismus, der in Berlin seinen Sitz habe und eine Ueberspannung des demokratischen Unitarismus hindeutet. (Stürmischer Beifall rechts, Zischen links.)

Reichsminister des Innern Koch: Wenn sich das Reich auch nach Möglichkeit jeden Eingriffes in die Angelegenheiten der Länder enthält, so muß die letzte Entscheidung bei wichtigen Fragen letzten Endes doch bei der Reichsregierung liegen. Die Behauptung, daß das Reich nur auf Parteien Rücksicht nehme, ist nicht bewiesen worden. Eine Zentralisation lehne ich durchaus ab. Jedoch ist ein einheitliches Vorgehen der Länder, wie es leider bei der Orgeschfrage vermißt wurde, wünschenswert. (Beifall.) — Abg. Marezky (D. Vp.): Die Entrüstung der Linksparteien gegen den Ausnahmezustand in Bayern ist lediglich auf Parteirichtlinien zurückzuführen. Aber die Unabhängigen und Kommunisten haben kein Recht, gegen den Ausnahmezustand zu protestieren. Im übrigen hat die bayrische Regierung die schärfsten Bestimmungen schon aufgehoben. — Abg. Wieland (Dem.): Wir stimmen der Erklärung der Reichsregierung zu. Ein überstürzter Abbau der Verordnung wäre bedenklich. Die schikanöse Behandlung der Vereinstätigkeit mißbilligen wir. Wir begrüßen es, daß die Reichsregierung den Weg der Verständigung gehen will. Die Verfassung muß unter allen Umständen gewahrt werden.

Darauf wird die Beratung abgebrochen. Zahlreiche Ausschußberichte werden ohne Aussprache erledigt.

Donnerstag: Kleine Vorlagen, Weiterberatung.

Im Steuerausschuß des Reichstages

erklärte Reichsfinanzminister Dr. Wirth zu dem Gesetz über die neuen Teuerungszulagen für die Beamten, die Reichsregierung vertrete die Anschauung, daß den Ländern eine Zuwendung vom Reiche gegeben werden soll, damit die Länder in den Stand gesetzt werden, Aufbesserungen auszahlen zu können. Den Gemeinden Zuwendungen zu geben, würde ins Uferlose führen. Jedenfalls müsse der Reichstag zur Aufbringung weiterer Mittel erhebliche Steuerzugeständnisse machen. Vor Verabschiedung des Gesetzes über die erhöhten Beamten- und Staatsarbeiterbezüge müsse man sich mit der Frage der Einführung neuer Reichseinnahmen beschäftigen. Bevor das Kabinett mit seinen Beratungen zu Ende sei, könne er über die Steuerprojekte eine nähere Auskunft nicht geben. An der Erhöhung bereits eingeführter oder auch neuer indirekter Steuern kann man kaum vorbeikommen. Auswärtige Momente spielen dabei hinein. Ein Gesetzentwurf über die Erhöhung der Fernsprechgebühren würde bald folgen. Im Hauptausschuß soll demnächst über die Erhöhung der Eisenbahntarife Mitteilung gemacht werden. Bei der Novelle zum Einkommensteuergesetz werde man sich über die Höhe der Sätze, den Lohnabzug u. a. zu unterhalten haben. Eine Fristverlängerung über den 31. Januar hinaus für die Anwendung von Kriegsanleihen zur Bezahlung des Reichsnotopfers könne er nicht zusagen.

Die Beamtenzulagen im Reichsrat.

Die gestrige Sitzung des Reichsrates beriet über die weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1920, die die Neuforderungen für die Beamten enthält. Die Mehraufwendungen für das Reich belaufen sich auf 3,2 Milliarden Mark. In den Ausschüssen stellten sich die Vertreter der Länder einmütig auf den Standpunkt, dem Abkommen soweit zuzustimmen, als abermals eine Erhöhung der Teuerungszuschläge entsprechend den einzelnen Ortsklassen erfolgen solle. Als nicht erträglich aber erschien es den Vertretern der Länder, daß in der Regierungsvorlage abgesehen sei von einer Vorsorge für den Mehraufwand der Länder und Gemeinden. Die Ausschüsse haben deshalb die beiden ersten Paragraphen angenommen und einen Paragraphen hinzugefügt, nach welchem den Ländern und Gemeinden an den Erträgen der zu erhebenden oder neu eingeführten Steuern Anteile zur Bestreitung der Mehrkosten zu gewähren sind. Reichsfinanzminister Dr. Wirth verkennt die Notlage der Länder nicht und auch nicht die finanzielle Notlage ihrer Gemeinden, aber zu einem so weit gehenden Schritt, für die Gemeinden sich bereit zu erklären von seiten des Reiches, sei unmöglich und wäre auch durch die Lage sehr vieler Gemeinden sachlich nicht berechtigt. Die Reichsregierung sei bereit, der Notlage der Beamten nach den Vereinbarungen mit den Organisationen abzuhelfen. Er müsse aber auch bei dieser Gelegenheit betonen, daß, so sehr die Reichsregierung die Notlage der Beamten anerkenne, er auch die finanzpolitische Seite betonen muß. Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Zur Beilegung der Eisenbahnerbewegung

(TU) Der erweiterte Vorstand des deutschen Eisenbahnerverbandes, der zur Beschlußfassung über das Verhandlungsresultat in Berlin zusammengetreten ist, hat den in den 16er Ausschuß entsandten Mitgliedern durch den nachstehenden einstimmig gefaßten Beschluß ein Vertrauensvotum gestellt: Der erweiterte Vorstand des deutschen Eisenbahnerverbandes ist nach Kenntnisnahme des Ganges der Verhandlungen davon überzeugt, daß ein besseres Ergebnis nicht zu erzielen war. Er ist ferner der Meinung, daß seine Vertreter im 16er Ausschuß ihre Pflicht voll erfüllt und alles aufgeboten haben, um das Beste für die Eisenbahner herauszuholen. Aus diesem Grunde spricht er seinen Kollegen sein volles Vertrauen aus.

Eine weitere Entschließung wendet sich gegen die Zerstückelungsarbeit der Anhänger der in Moskau gebildeten Gewerkschaftsinternationale. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut: Die Vorgänge der letzten Zeit, insbesondere anläßlich der hier zum Abschluß gekommenen Eisenbahnerbewegung veranlaßt den erweiterten Vorstand, mit aller Deutlichkeit auszusprechen, daß die Propaganda für die in Moskau gebildete Gewerkschaftsinternationale und die Befolgung der von ihrer Leitung empfohlenen Richtlinien zur Zersplitterung der Gewerkschaftsmitglieder, zur Lahmlegung der Aktionsfähigkeit und damit schließlich zur Spaltung der Gewerkschaften führen muß. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache sieht sich der erweiterte Vorstand veranlaßt, in Anlehnung an den bereits veröffentlichten Aufruf des Vorstandes zum Ausdruck zu bringen, daß Mitglieder, die eine solche Schwächung und Zersplitterung des Verbandes betreiben, als Schädlinge zu betrachten sind, gegen die der Vorstand mit allen zulässigen Mitteln vorzugehen hat. Der erweiterte Vorstand steht auf dem Standpunkt, daß der Verband nur dann seine Aufgaben erfüllen kann, wenn er die vollkommene Selbständigkeit seiner Entschließungen wahrt, für die das Statut und die Beschlüsse des Verbandstages maßgebend sind. Dementsprechend kommt ein Funktionär nur in Betracht, der seine Tätigkeit in der Gewerkschaft nicht von der Anweisung außerhalb des Verbandes stehender Personen oder Stellen abhängig macht, sondern sich auf den Boden der eben klargelegten, von unserem Verband beschlossenen Gewerkschaftsgrundsätze stellt.

Die Abstimmung über die vorstehende Entschließung erfolgte absatzweise, und zwar wurde der erste Absatz gegen 4 Stimmen, der zweite Absatz einstimmig angenommen. Das Abstimmungsresultat bringt klar und deutlich zum Ausdruck, daß die Drahtzieher der Moskauer Internationale mit ihrer Zersplitterungsarbeit im Deutschen Eisenbahnerverband auf Granit beißen.

Noch kein Abstimmungstermin für Oberschlesien.

Aus Oppeln wird von interalliierter Seite mitgeteilt, daß eine Verlängerung der Fristen, die im Abstimmungsreglement vorgesehen sind, nicht zu erwarten ist. Das vorliegende Reglement sei unabänderlich. Ebenso sei es unzutreffend, daß die Abstimmung am 13. März stattfinden wird. Der Botschafterrat in Paris wird den Termin festsetzen. — Der Pariser Botschafterrat ist also über die deutschen Einsprüche wegen der getrennten Abstimmung, die dem Versailler Vertrag widerspricht, einfach zur Tagesordnung übergegangen. Dann hat er den Bruch des Vertrages sanktioniert. Nach der französischen Phraseologie würde das bedeuten, daß der Vertrag aufgehört habe zu bestehen. Jedenfalls muß eine Bestätigung der Kommissionsmeldungen aus Paris abgewartet werden.

Polnische Ausflüchte auf die deutsche Note.

Die P. P. N. veröffentlichen aus der oberschlesischen Grenzzeitung Nr. 14 vom 19. Jan. die Antwort der polnischen Regierung auf die Note der deutschen Regierung über die Unsicherheit Oberschlesiens.

In der Note wird festgestellt, daß Konzentrationen polnischer Truppen an der deutschen Grenze, ferner Vorbereitungen für gewaltsame Unternehmungen in Oberschlesien Unterstellungen seien, die jeder Grundlage entbehren. Es handele sich um Truppenformierungen in den Garnisonstädten, die einzig und allein mit ihrer „Demobilmachung" zusammenhängen, und zwar würde jedes Regiment in der Garnison aufgelöst, wo sich das Reservebataillon befindet. Die polnische Regierung habe keinerlei Veranlassung, das Ergebnis einer gerechten und unparteiisch durchgeführten Abstimmung zu fürchten. Die Deutschen aber hätten ein Interesse an den Unruhen in Oberschlesien. Dafür zeugten die zahlreichen aufgedeckten Waffenlager und Waffentransporte nach Oberschlesien. Im September seien allein von der Interalliierten Kommission 597 Karabiner, 929 Revolver, 40 Maschinengewehre, 23 Handgranaten und viel anderes Waffengerät, das sich in deutschen Händen befunden habe, beschlagnahmt worden. Diese Angaben genügten, um zu beweisen, wo in Wirklichkeit der Schuld tragende Teil zu suchen sei.

Neue polnische Offensive gegen Sowjetrußland.

(TU) Während der Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Sowjetrußland und Polen wurde eine neue Zone geschaffen, die keine der beiden Parteien betreten durfte. Jetzt hat sich in diesem Gebietsabschnitt unter dem Oberbefehl des Generals Balachowitsch ein neues antibolschewistisches Kampfzentrum gebildet, das den Namen „Grüne Eiche" führt und zum Eintritt in die Armee zur Befreiung der Unabhängigkeit Weißrußlands aufruft. Den Kern dieser Armee bilden die Soldaten des von den Polen unterstützten Generals Balachowitsch, verstärkt durch kleinere selbständig operierende Gruppen und Ueberläufer der Bolschewisten. Die Bauern unterstützen die Grünen mit Lebensmitteln und gewähren ihnen Quartier. Bei einem Zusammenstoß der Roten und Grünen, der dieser Tage bei Borissow erfolgte, ging die Mehrzahl der Roten zu den Grünen über. Gegenwärtig befindet sich die ganze Linie Minsk—Borissow in den Händen der Grünen. Ueber Minsk wurde der Belagerungszustand verhängt.

Aus Riga wird gemeldet, daß die Polen eine neue Offensive vorbereiten und daß französische Offiziere damit beschäftigt sind, eine neue polnische Armee auf die Beine zu bringen. Polen soll auch eine große Anzahl von Ausrüstungsgegenständen und sonstigem Kriegsmaterial bei englischen Firmen in Auftrag gegeben haben.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Belgien.

Der sogenannte hohe Rat von Industrie und Arbeit in Belgien beschäftigt sich mit der Frage der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Belgien. Der Bericht sagt, man könne nicht zulassen, daß die früheren Feinde in Belgien dieselben Vorteile und Rechte genießen sollten, wie die Angehörigen der Nationen, die mit Belgien befreundet seien. Mit Bezug auf den deutschen Besitz in Belgien verlangt der Bericht, daß alles deutsche Eigentum, welches sich zurzeit des Abschlusses des Friedensvertrages in Belgien befand, realisiert werden müsse, aber was nach dem Friedensschluß in Belgien sei, müsse freibleiben. Der Bericht drückt ferner die Meinung aus, daß der Verzicht auf den § 18 des Friedensvertrages die Beziehungen zwischen Belgien und Deutschland sehr fördern würde. Was die Aufenthaltserlaubnis für deutsche Reichsangehörige anbetrifft, so schlägt der Bericht vor, eine aus Kaufleuten und Fabrikanten bestehende Kommission einzusetzen, welche der Regierung in jedem einzelnen Fall, wo es sich um die Zulassung eines Deutschen handelt, Vorschläge machen soll. Die zugelassenen Deutschen sollen sich während des ersten Jahres alle Monate, nachher alle drei Monate bei der Polizei melden. Man dürfe den Deutschen vorläufig den Aufenthalt in Belgien nicht zu leicht machen und es sei wünschenswert, daß deutsche Firmen oder Reedereien sich durch Belgier vertreten lassen.

Diese Vorschläge werden zunächst der belgischen Regierung vorgelegt werden.

Belgien glaubt anscheinend, die durch die Aufrechterhaltung Antwerpens als Handelshafen bedingte Aufhebung des § 18 dadurch wett machen zu müssen, daß es bedauerlich kurzsichtige Ausnahmebestimmungen für den deutschen Kaufmann plant. Die belgische Regierung ist hoffentlich in ihrem eigenen Interesse einsichtig genug, die ihr zugemuteten Torheiten abzulehnen. Die deutschen Handel treibenden Kreise würden sich den etwa in Aussicht stehenden Unverschämtheiten auf belgischem Gebiet sehr bequem entziehen können, indem sie z. B. nach Rotterdam anstatt nach Antwerpen gehen.

Ergebnisloser Ausgang der deutsch-belgischen Markverhandlungen.

Aus Belgien wird gemeldet, daß die deutsche Abordnung, welche dort weilte, um über die Markfrage zu verhandeln, gestern abend um 5 Uhr nach Deutschland zurückgefahren ist. Man ist zu keinerlei Beschlüssen gekommen. Wie eine in der belgischen Presse veröffentlichte Erklärung besagt, schienen die Deutschen unannehmbare Bedingungen gestellt zu haben. Es wurde zum Schluß nur ein Protokoll der Verhandlungen aufgenommen.

Tagesereignisse.

— **(Eisenbahn Berlin—Riga.)** Wie die „Hamburger Nachrichten" aus Kopenhagen melden, ist nach einem Telegramm aus Riga dort eine deutsche Abordnung von 12 Mitgliedern eingetroffen, um mit der lettischen Regierung über den Abschluß eines Abkommens über eine direkte Eisenbahnverbindung zwischen Berlin und Riga zu verhandeln.

— **(Werber für die Fremdenlegion verhaftet.)** In Heidelberg wurde ein Schreiner aus Frankfurt verhaftet, der der Werbetätigkeit für die Fremdenlegion überführt werden konnte. Ein zweiter Werber, ein Koch aus dem Elsaß, der Werbegelder von 25 000 Mark bei sich führte, wurde gleichfalls in der Nacht zum Sonntag in Frankfurt a. M. festgenommen.

— **(Zum Rücktritt des Schah von Persien.)** Nach dem „Figaro" hat der Schah von Persien die Absicht geäußert, abzudanken. Gleichfalls wird aus London gemeldet, daß die leitenden persischen Politiker mit der Sowjetregierung ein Uebereinkommen geschlossen haben dahingehend, daß die russische Regierung Persien die gesamten alten Schulden erläßt. Auch will Moskau in Zukunft von einer Propaganda Persiens absehen. Sobald dies Uebereinkommen unterschrieben worden ist, hat Lenin den Fuß auf Persien gesetzt. Die englischen Truppen werden binnen kurzem aus Persien zurückkehren.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 20. Jan. **(Verschiedenes.)** Nach den von fremden Truppen besetzten Gebieten und Orten Ungarns können Postanweisungen bis auf weiteres nicht angenommen werden. Der Postanweisungsverkehr mit Griechenland ist am 15. Januar wieder aufgenommen. Die Postanweisungen nach Griechenland sind in Drachmen und Lepte auszustellen; der Meistbetrag beträgt 500 Drachmen. Die Auszahlung in Griechenland erfolgt in Papiergeld.

(Anleihe-Bedingungen.) Die amerikanischen Großbanken wollen nur dann Deutschland eine Anleihe gewähren, wenn Oberschlesien dem Deutschen Reiche verbleibt.

(Die Preisverdoppelung der Invalidenmarken.) Zu dem Gesetz über die Preisverdoppelung der Versicherungsmarken, die in den letzten Wochen viel Beunruhigung hervorgerufen hat, hat das Reichsversicherungsamt auf eine telegraphische Eingabe Stellung genommen. Es könnte nur anheimgeben, daß sich Arbeitgeber, die noch Marken für frühere Zeiten zu verwenden haben, an die Landesversicherungsanstalt mit dem Ersuchen wenden, ihnen diese Marken zum einfachen Nennwert zu liefern, und daß sie, falls die Landesversicherungsanstalt es ablehnt, den Weg des § 1459 der Reichsversicherungsordnung beschreiten. — Dieser Paragraph steht bei Streitigkeiten über Beitragsleistungen bezw. über noch nicht feststehende Auslegung gesetzlicher Vorschriften den Weg der Beschwerde an das Oberversicherungsamt bezw. das Reichsversicherungsamt vor.

(Gefährdung des Viehbestandes durch Abschlachtung.) Von sachverständiger Seite wird geschrieben: An mehreren Stellen der deutschen Tagespresse, wie auch in der landwirtschaftlichen Fachpresse tauchen in der letzten Zeit Befürchtungen auf, daß nach Aufhebung der Zwangswirtschaft die Abschlachtungen überhand genommen hätten. Es ist selbstverständlich, daß seitdem eine Steigerung der Abschlachtung eingetreten ist. Wie der „Reichsanzeiger" mitteilt, sind im dritten Vierteljahr 1920 356 427 Schweine geschlachtet worden, gegen 790 2/0 im Vorjahre. Eine Zurückhaltung in der Abschlachtung von nicht ausgemästeten Schweinen ist zweifellos dringend notwendig. Was die Rinderabschlachtung anbelangt, so braucht man wegen des Nachwuchses keine Besorgnisse zu haben. Ist doch die Zahl der geschlachteten Jungrinder von 228 154 im dritten Vierteljahr 1919 auf 179 868 zurückgegangen. Die Kälberauftriebe auf den Märkten sind im Verhältnis zu der Vorkriegszeit sehr gering. In der Zeit vom 18. Oktober bis zum 15. November 1920 wurden in Breslau 518 Kälber aufgetrieben, während in etwa derselben Zeit im Jahre 1913 2097 aufgetrieben wurden. In Köln waren es zur selben Zeit 1920 123, 1913: 3177, in Dresden 1920: 686, 1913: 5388, in Frankfurt a. M. 1920: 465, 1913: 4353, in München wurden 1913 fast 16 000 mehr aufgetrieben als 1920. Bei der Abschlachtung von ausgewachsenem Rindvieh versteht es sich von selbst für den Bauern, seine Milchkühe und Zugochsen nicht abzuschlachten. Er wird nur Tiere auf den Viehmarkt bringen, die durch ihr Alter oder sonstige Mängel ihren spezifischen Wert verloren haben, und die weiter zu halten, für ihn unrentabel sein würde. Hier spielt allerdings die Futtermittelbeschaffung zu angemessenen Preisen eine große Rolle, kann diese nicht ermöglicht werden, so kann allerdings unser Rindviehbestand in schwere Gefahr kommen. Von schwerwiegendster Bedeutung sind sowohl für den Rindvieh- als auch für den Schweinebestand die maßlosen Forderungen unserer Feinde an Stieren, Milchkühen, Färsen und Mutterschweinen, die allerdings geeignet sind, den Viehbestand des deutschen Volkes zu gefährden.

(Schiedsspruch für das Straßenbahngewerbe.) Ein Schlichtungsausschuß unter dem Vorsitz des Reichskommissars Mehlich setzte am Montag in Dortmund für die Abteilungen Dortmund, Essen und Elberfeld der Gruppe X des A. G. V. der deutschen Straßenbahnen neue Löhne fest. Sie betragen für das Fahrpersonal der Ortsklasse A für den Kalendertag: Mk. 37 bei der Einstellung, Mk. 39 nach zweimonatiger Tätigkeit, Mk. 41 nach sechsmonatiger Tätigkeit. Werkstättenarbeiter erhalten in Ortsklasse A einen Stundenlohn: mit 17 Jahren von Mk. 5,20, 18—19 Jahren von Mk. 5,50, 20—21 Jahren von Mk. 6,10, 22—23 Jahren von Mk. 6,45, über 23 Jahre von Mk. 6,65. Das Hausstandsgeld fällt nunmehr fort, dagegen bleibt das Kindergeld bestehen.

(Waffendurchsuchungen.) Im Auftrage der Regierung waren gestern ein Kriminalkommissar und 19 Kriminalisten in Kamen und nahmen Hausdurchsuchungen nach Militärwaffen vor. Ganze Straßenzüge wurden durchsucht; an einzelnen Stellen wurden Militärwaffen gefunden und beschlagnahmt. Heute werden die Durchsuchungen in Unna und Umgegend fortgesetzt.

(Falsches Papiergeld.) In einer von der Brauerei Engelhardt in Berlin angestrengten Feststellungsklage gegen die Seehandlung (Preußische Staatsbank), in der es sich darum handelte, ob die Seehandlung berechtigt sei, einen Ersatz für sieben falsche, bei ihr angeblich von der Engelhardt-Brauerei eingezahlte 50-Mark-Scheine zu verlangen, trotzdem die Seehandlung die Unechtheit der Scheine erst eine Reihe von Tagen nach der Einlieferung mitgeteilt habe, hat das Amtsgericht Berlin-Mitte zugunsten der klagenden Brauerei entschieden. Das Gericht stützte sich hierbei auf ein Gutachten der Handelskammer zu Berlin. Nach diesem Gutachten hat sich im Bankgewerbe ein Handelsbrauch dahin ausgebildet, daß bei Zahlungen in Papiergeld die Prüfung des Papiergeldes sofort bei Verlust des Erstattungsanspruches stattzufinden hat. Die Handelskammer hat hinzugefügt, daß die Banken bei nachträglich festgestellter Unechtheit sich, soweit möglich, an den Einlieferer des falschen Papiergeldes zu halten pflegen. Die letzte Bemerkung kann nach Ansicht des Gerichts nur den Sinn haben, daß die Banken in diesem Falle das Billigkeitsgefühl ihres Einlieferers anzurufen pflegen, daß sie aber keinen Anspruch darauf haben, von diesem die Erstattung ihres Schadens zu verlangen.

(Vorsicht bei Zuckerangeboten!) Nach Feststellung der Reichszuckerstelle werden in letzter Zeit Handel und Industrie durch Angebote angeblich handels- und einfuhrfreien Auslandszuckers beunruhigt. Das eine Angebot lautet auf größere Mengen Javazucker 93—99 Prozent Polarisation, der ab Hamburg geliefert werden soll, das andere auf Auslandswürfelzucker Marke „Polar" in Kisten von 50 Kilogramm. Außerdem wird auch Zucker angeboten, für den ein Einfuhrschein R. G. 20 W. 210 mit Dr. Frobenius und Sperling unterzeichnet, vorliegen soll. Die Reichszuckerstelle teilt mit, daß alle diese Angebote handelsfreien Zuckers auf Schwindel beruhen, und daß es sich bei dem angeführten Einfuhrschein nur um eine Urkundenfälschung handeln kann, da weder die Kontrollnummer, noch die Namen der Unterzeichneten bei einer für die Einfuhr in Betracht kommenden Reichsstelle bekannt ist. (Mitteilung der Handelskammer.)

Bergkamen, 20. Jan. **(Deutsche Kinderhilfe.)** Vertreter aller Stände, Parteien und Konfessionen fanden sich auf Einladung des Vorstehers im Grimbergkasino zusammen, um über die geplante Kinderhilfe zu beraten. Wie groß das Elend unter den deutschen Kindern ist, zeigten besonders die in den hiesigen Schulen festgestellten Zahlen unterernährter, rachitischer und tuberkulöser Kinder, die in den Großstädten noch zahlreicher sein werden. Einmütig wurde beschlossen, auch in Bergkamen eine allgemeine Sammlung zur Linderung der Not zu veranstalten. Ein Ausschuß wurde bestimmt, das Nötige dafür in die Wege zu leiten. Mögen die Sammler demnächst recht opferfreudige Geber finden.

Bergkamen, 20. Jan. **(Kirchenkonzert.)** In der evangelischen Kirche fand am Sonntag zum Besten der evangel. Jugendpflege ein Kirchenkonzert statt. Die Bergkapelle der Zeche Grimberg, sowie Fräulein Hanna Krämer aus Dortmund als Sopranistin stellten ihre schöne Kunst mit ganzer Hingebung in den Dienst der guten Sache und boten der zahlreichen Hörerschaft mit klassischen und neueren Stücken eine rechte Feierstunde mit reinstem Genuß. Wohl jeder wünschte eine baldige Wiederholung solcher Darbietung.

(b) **Oberaden**, 20. Jan. **Wegen dringenden Verdachts** der Mittäterschaft an einem nächtlichen Schweinediebstahl im naheliegenden Lünen wurde bei dem Bergmann Otto B. hierselbst eine Haussuchung vorgenommen und bei dieser etwa 50 Pfund Schweinefleisch zutage gefördert.

(b) **Stockum**, 20. Jan. **(Schleichhändler abgefaßt.)** Auf der Werler Chaussee erwischte der Landjäger Schmidt aus Hemmerde zwei Schleichhändler aus Wickede-Asseln dabei, als sie im Begriffe waren, 500 Pfund Weizen verbotswidrig auszuführen. Der Weizen wurde beschlagnahmt und der Reichsgetreidestelle abgeliefert. Die beiden Schieber gaben an, das Getreide von unbekannten Landwirten in der Gegend von Werl käuflich erworben zu haben.

Dortmund 19. Jan. **(Schwurgericht.)** Der 1898 in Dortmund geborene Bergmann Hermann Bender und der etwa gleichaltrige Maurer Hermann Gain sind beschuldigt, in der Nacht zum 3. Oktober v. J. in Dortmund gemeinschaftlich einen Straßenraub ausgeführt zu haben. Die Anklage behauptet, daß sie den aus Petrikau bei Czenstochau stammenden Bergarbeiter Ludwig Cernusel statt nach dem Bahnhof zu bringen, in die Hufarder Straße verschleppt, dort überfallen und einer Brieftasche mit 720 Mark beraubt haben. Die Angeklagten bestreiten, den Carussel, der nach Polen zurückgewandert und nicht auffindbar ist, beraubt zu haben. Die Geschworenen verneinten die auf gemeinschaftlichen Straßenraub gerichteten Schuldfragen und sprachen die Angeklagten nur des versuchten Straßenraubes unter Zubilligung mildernder Umstände schuldig. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu je 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Ehrverlust auf die Dauer von 3 Jahren. Die Untersuchungshaft wurde mit 3 Monaten, 2 Wochen angerechnet.

Dortmund 19. Januar. **(Schwurgericht.)** Ein Nachspiel zur Einnahme der Zeche „Glückaufsegen" in Wellinghofen durch die Hörder Rotgardisten am 3. April 1920 ist die gestrige Schwurgerichtsverhandlung gegen den Bergmann Fritz Krawinski aus Hörde, der sich wegen versuchten Totschlags zu verantworten hat. Nachdem am 3. April v. J. die Zeche „Glückaufsegen" von den Rotgardisten erstürmt und besetzt worden war, wurden die Mitglieder der Zechenwehr, die die Zeche tapfer verteidigt hatten, gefangen genommen und in mehreren Trupps nach Hörde abtransportiert. Einer der letzten aus wenigen Gefangenen bestehender Trupp wurde von dem Arbeiter Heinrich Menkhoff und einigen anderen Rotgardisten begleitet. Menkhoff und Genossen belustigten sich, indem sie die Gefangenen auf allerlei Weise mißhandelten. Die Gefangenen, die ruhig ihres Weges gingen, wurden mit Kolbenstößen traktiert, mit Fäusten geschlagen, gestochen usw. Dem Bergmann Ernst Borgsträter in Brücherhof, der als einer der Verteidiger der Zeche in die Hände der Rotgardisten geraten war und in diesem Trupp mit transportiert wurde, wurden die Mißhandlungen, in denen sich besonders Heinrich Menkhoff hervortat, so unerträglich, daß er sich losriß und davonlief. Menkhoff legte auf den Fliehenden an und gab mehrere Schüsse ab, die nach Ansicht seines Augenzeugen gewesenen Vetters nicht getroffen haben. Zur selben Zeit kam der Angeklagte Fritz Krawinski, der in Hacheney Posten gestanden und nach Erstürmung der Zeche „befehlsgemäß" seinen Posten verlassen hatte, des Weges daher. Krawinski war erst am Tage vorher aus dem Lazarett entlassen worden und hatte, trotzdem er noch recht schwach war, nichts Eiligeres zu tun gehabt, als sich in die Rote Garde einreihen zu lassen. Als er die Flucht Borgsträters, der eine Zeitlang mit ihm zusammen im Lazarett gewesen war, bemerkte, kniete er, um, wenn er stehend schieße, nicht umzufallen, auf der Straße nieder, legte an, zielte und schoß auf den etwa 150—200 Meter entfernten Flüchtling. Dann nahm er hinter einem Komposthaufen Deckung und schoß nochmals auf Borgsträter. Dieser lief einige Schritte weiter und stürzte dann zu Boden. Er hatte einen Schuß durch den linken Unterarm und einen Streifschuß an der linken Halsseite erhalten. Die Verletzungen machten einen 6wöchigen Aufenthalt im Krankenhause nötig. Krawinski behauptet, daß er nur Schreckschüsse abgegeben und nicht auf Borgsträter gezielt habe, daß ihm die Absicht, Borgsträter zu verletzen oder gar zu töten, völlig fern gelegen habe. Er wisse ganz genau, daß seine Schüsse nicht getroffen haben. Menkhoff habe sich ihm gegenüber geрühmt: „Fritz, ich habe ihn niedergeknallt!" Angeklagter ist der Ansicht, daß er als Rotgardist die Pflicht gehabt habe, den Menkhoff zu unterstützen. Uebrigens habe er dem Menkhoff, als er gesehen, wie dieser die Gefangenen behandelt, gesagt, er solle die Sache langsam gehen lassen. Der Arbeiter Heinrich Menkhoff ist übrigens vom Außerordentlichen Kriegsgericht in Soest wegen schweren Aufruhrs und gefährlicher Körperverletzung zu einer Gesamtstrafe von 3 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Infolge der Amnestie ist ihm die Strafe wegen Aufruhrs erlassen worden, die übrige Strafe verbüßt er jetzt. Am Schluß des Plädoyers verlangte Krawinski, daß er ebenso wie die Marburger Studenten freigesprochen werde. Der Staatsanwalt beantragte den Angeklagten, daß die Marburger Studenten sich der Regierung zur Verfügung gestellt und in deren Dienst gehandelt hätten, während Krawinski sich im Aufruhr gegen die verfassungsmäßigen Gewalten befunden habe. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten des versuchten Totschlags schuldig und versagten ihm die mildernden Umstände. Der Staatsanwalt beantragte daraufhin 2 Jahre Zuchthaus gegen Krawinski. Das Gericht setzte eine Strafe von 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus fest unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

(g) **Ahlen**, 19. Jan. **Aus dem Gerichtsgefängnis** sind hier drei Sträflinge ausgebrochen. Als einem der Verbrecher auf Wunsch Wasser durch die Tür verabreicht werden sollte, wurde der Wachtmeister von den Sträflingen tätlich angegriffen, überwältigt und dann wurden ihm die Schlüssel entrissen. Darauf ergriffen die Verbrecher die Flucht. — In der Nähe des Heeßener Busches wurde ein hiesiger Händler von drei Burschen überfallen, die mit Knütteln bewaffnet waren und den Händler von seinem Gefährt herunterzureißen versuchten. Es handelt sich offenbar um die aus dem hiesigen Gefängnis ausgebrochenen Verbrecher. Dem Händler gelang es, sich zu befreien und mit seinem Gefährt zu entkommen.

(W) **Wanne**, 19. Jan. **(Grubenholzschieber verhaftet.)** Zwei Angestellte der Grubenholzlagergesellschaft (Harpener Bergbau) wurden verhaftet, weil sie 6 Waggons Grubenholz verschoben hatten.

Bielefeld, 19. Jan. **(Riesendiebstähle und Schiebungen auf dem Güterbahnhof in Bielefeld.)** Umfassenden Diebstählen und damit verbundenen Schiebungen ist die Diebstahlsüberwachungsstelle des Hauptbahnhofs Bielefeld in den letzten Tagen auf die Spur gekommen. Es handelt sich um Diebstähle von Eisenteilen, Woll- und Webwaren, Fahrrädern usw., die insgesamt einen Wert von 200 000 bis 300 000 Mark darstellen. Zum Teil wurden die zur Bahn gegebenen Güter umfrachtiert, der alte Frachtbrief zerrissen und auf direktem Wege an Hehler verschoben, die in Aachen, Dortmund, Gütersloh und anderswo wohnen. Beteiligt sind an den unglaublichen Diebereien zwei Güterbodenarbeiter, zwei Rollkutscher, mehrere aus Eisenbahndiensten entlassene Personen, ein Wirt u. a. Bisher sind in Bielefeld acht Personen verhaftet und dem Gerichtsgefängnis zugeführt worden. Im ganzen sind es etwa 16 Personen, die in die Angelegenheit verwickelt sind.

(TU) **Hamborn**, 19. Jan. **(Die wahren Urheber des Hamborner Streiks.)** Von gut unterrichteter Seite verlautet, daß die Hauptagitation für den Streik der Hamborner Hütten- und Zechenarbeiter von zusammengezogenen fremdländischen Elementen durchgeführt wurde. Im Zusammenhang damit ist bereits vor einiger Zeit eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen worden. Unter den Verhafteten befinden sich die russischen Staatsangehörigen Jakob Wilderstein, und Pinkus Oratowski, die ungarischen Staatsangehörigen Adalbert Bittner und Elemar Csiszar und die Tschechen Josef Kauß, Zoltan Kauß und Leo Goldstein. Ihre Ausweisung als lästige Ausländer ist in die Wege geleitet.

(s) **Kreuznach**, 15. Jan. **(Ein Pfund Butter für den Dirigenten!)** Ein Gesangverein in einem Städtchen suchte einen Dirigenten. Es meldeten sich auch mehrere Herren, die sich für den Posten geeignet hielten. Schließlich wurde man auch mit einem von ihnen einig, denn er verlangte kein Honorar, nur eine Bedingung stellte er, und zwar die, daß ihm die Sänger jede Woche ein Pfund Butter liefern sollten. Da der Verein nahezu 60 Mitglieder hat, die größtenteils Landwirtschaft treiben, so kommt jeder Sänger nur einmal im Jahre als Butterlieferant in Frage. So ist dem Verein und dem Dirigenten geholfen.

Ein Siedelungstraum.

(Ka) Die Regierung hatte energische Maßnahmen ergriffen. Sie hatte erkannt, daß Deutschland nach dem Diktat des Feindbundes nicht mehr Industriestaat sein konnte, aber auch nicht Agrarstaat werden dürfe, ohne die Zukunftsmöglichkeiten des Landes zu zerstören. Ein Siedelungsdiktator ward ernannt. Ihm unterstanden Feldmesser, Gärtner, Architekten, Landwirte. Ueberall im Umkreis der Großstädte sah man reges Leben. Möglichst in der Nähe von Eisenbahn und Wasser liefen Leute mit Meßstangen herum, die Terrains abmaßen, um die Großpachtungen der Regierung vorzubereiten. Denn es galt, Land zu schaffen für tausende von Siedlern, für tausende von Erwerbslosen. Man hatte endlich erkannt, daß es falsch sei, Güter abseits der Großstädte aufzuteilen, wußte man doch aus der Erfahrung, daß die Sozialisierung des Großgrundbesitzes gleichbedeutend mit der Unterbindung der Ernährung der großen Städte sei. Man begriff einerseits, daß der Industriearbeiter in der Nähe der Großstadt angesiedelt werden müsse, um ihm Gelegenheit zu geben, sein erlerntes Handwerk weiter auszuüben. Daher die Notwendigkeit der Nähe der Bahn. Es galt andererseits der Not zu steuern, der Wohnungs- und der Ernährungsnot.

Der Siedelungsdiktator griff den Gedanken des Arbeitsheeres auf. Er verhandelte mit den Erwerbslosen. Neue Richtlinien wurden aufgestellt. Die Erwerbslosen sollten für sich selbst, für Haus, Herd und Hof arbeiten. Stoßtrupps wurden gebildet. Fachleute wurden als Führer gewonnen. Die Stoßtrupps wurden so zusammengestellt, daß die erforderlichen Berufe in ihnen vertreten waren. Sie wurden zur Arbeit ausgesandt. Stillgelegte Ziegeleien wurden in Betrieb gesetzt. Kähne wurden requiriert, um das gewonnene Material fortzuschaffen. Feldküchen rauchten. Krieg im Frieden gegen die Not des Volkes. In Wäldern hallten die Axtschläge fleißiger Arbeiter. In lehmreichen Gegenden schritt man zum Aufbau von Lehmhäusern.

Inzwischen waren die Besprechungen mit den Grundbesitzern in der Nähe der Großstädte zum Abschluß gekommen. Das Land wurde nicht enteignet, sondern auf 99 Jahre gepachtet. Der Pächter hatte das Recht, durch Zuschläge zur Pachtsumme das Terrain im Laufe der Zeit käuflich zu erwerben. Der Pächter war der Staat, der seine Rechte an die Siedler abzutreten gewillt war.

Arbeit herrschte auf den Siedelungsstätten. Haus neben Haus stieg empor. Architekten sorgten für einheitliche Anlage der Dörfer. Ein schmuckes, kleines Gotteshaus stand neben den Häusern. Ein Schulgebäude rief die Jugend zum Unterricht. In einzelnen Ortschaften hatte man Fachwerkbau, in anderen Holzhäuser, im dritten Steinbauten bevorzugt. Ueberall sah man von Firsten grüne Kränze, um das Richtfest zu bekunden. Lachen und Fröhlichkeit war in den Dörfern. Die erwerbslosen Arbeiter, die bisher in der Großstadt als Drohnen gelebt hatten, wußten, nun hatten sie eine Unterkunft, nun konnten sie schaffen für sich und ihre Kinder. Die Buben und Mädels würden pausbäckig werden mit frischen Farben, wie Martinsäpfel, wenn sie regelmäßig mit Mutter im Gemüsegarten arbeiteten.

Man hatte vernünftigerweise von übertriebenen Forderungen abgesehen. Man hatte sich gesagt, auf dem Lande gäbe es nicht durchgängig Kanalisation, Wasserleitung und elektrisches Licht. Also würden auch die Siedelungen diese Errungenschaften nicht unbedingt benötigen. Nur die Herwführung von elektrischem Licht war vorgesehen. Sonst waren Brunnen gebaut, zu denen Mägde und Burschen gingen, das nötige Naß aus den Tiefen der Erde zu heben.

Gartenanlagen sah man überall. Gärtner berieten die Leute, wie sie das zum Haus gehörige Grundstück am nutzbringendsten verwerten konnten. Der Boden war dankbar und verhieß reiche Ernten. Für Kleintierzucht hatte der Staat besondere Gelder ausgeworfen, um es den Leuten zu ermöglichen, sich einen Stamm Hühner, eine Ziege und ein paar Kaninchen zu halten.

Auf den Chausseen der Großstadt marschierten Züge von Kleinhändlern. In der Stadt war Markttag. Die neuen Siedler, die nun das erste Jahr auf ihrem Anwesen saßen, wollten Gemüse, wollten Eier verkaufen. Männer sah man wenige. Viele hatten schon wieder Arbeit in den Fabriken gefunden. Andere schafften im Wald, andere waren im Dorf als Handwerker tätig. Aber den Männern, die mitkamen, sah man es an, daß sie sich fühlten. Sie waren Besitzer, oder wußten doch, daß sie in Kürze Besitzer sein würden. Denn da sie selbst mit eigenen Händen ihr Heim gebaut hatten, waren die Lasten nicht hoch, die auf dem Grundstück lagen. Die Frauen waren stolz auf ihrer Hände Arbeit. Die Frauen waren nicht mehr die verkümmerten Geschöpfe der Großstadt; das eine Jahr in frischer Luft hatte Wunder getan. Das waren starke, deutsche Frauen, die ihren Kopf mit der braunen, mit der blonden Haarkrone hoch hielten, denn sie wußten, sie brauchten nicht mehr als Angestellte in den Fabriken tätig sein, sie waren Herrinnen auf eigenem Boden. Schon sah man hier und da ein Zugtier vor einem Wagen. Dann flogen Blicke hinüber zum glücklichen Besitzer. Die sagten: „Nächstes Jahr werden wir es durch Fleiß auch dahin gebracht haben,

Der Australier.

Roman von Hedwig Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

29. Fortsetzung.

Ralf hatte sich mit ihr zugleich erhoben und stand nun unschlüssig den Schwestern gegenüber.

„Wollen Sie nicht wieder Platz nehmen, Herr Jansen", sagte Lotte.

Er verneigte sich und ließ sich in seinen Sessel nieder. Heute trug er einen offiziellen Besuchsanzug von tadellosem Schnitt und Sitz und sah darin sehr elegant aus.

„Ich habe noch gar nicht Gelegenheit nehmen können, mein gnädiges Fräulein, auch Ihnen meine Teilnahme auszudrücken an dem schweren Verlust, der Sie betroffen hat", sagte er zu Lotte.

Sie atmete tief auf.

„Sie haben Ihrer Teilnahme wahrlich einen beredten Ausdruck gegeben, Herr Jansen. Es sind heute morgen mit der Post eine Menge Beileidsschreiben eingelaufen, mit vielen schönen Worten. Aber nicht einer von all unsern guten Freunden hat das Bedürfnis gefühlt, uns zu fragen, ob er uns helfen darf. Sie sind der einzige Mensch, der seiner Teilnahme einen solchen Ausdruck gegeben hat. Lassen Sie mich Ihnen danken."

Er errötete vor Verlegenheit. Unsicher sah er zu Dagmar hinüber, die ihn warm und freundlich ansah.

„Meine Schwester hat recht, Herr Jansen", sagte sie mit ihrer weichen, dunklen Stimme.

Er schüttelte energisch den Kopf.

Sie müssen mich nicht beschämen. Vielleicht habe ich sehr egoistische Gründe, Ihnen meine Hilfe anzubieten."

Dagmar lächelte. Dies Lächeln drang ihm wie ein wärmender Sonnenstrahl ins Herz.

„Geben Sie sich keine Mühe, mich an Ihren Egoismus glauben zu machen."

„Dagmar hat recht, das wäre eine ganz vergebliche Mühe, Herr Jansen. Ich bin nämlich eine gute Menschenkennerin", bekräftigte Lotte sehr lebhaft.

Er lachte leise. Es war ein warmes, klares Lachen, das aus dem Herzen kam.

„Wirklich, mein gnädiges Fräulein?"

Lotte nickte energisch.

„Jawohl, fragen Sie nur meine Schwester. Ich weiß immer gleich, was die Glocke geschlagen hat, wenn ich einen Menschen kennen lerne. Und daß Sie sich uns in den edelsten, uneigennützigsten Absichten genähert haben, steht bei mir fest. Sie könnten dreist das Gegenteil behaupten, ich würde nicht daran glauben. Für Sie habe ich schon immer ehrliche Sympathie gehegt, als ich sie noch gar persönlich nicht kannte. Und Neigung empfinde ich immer nur für gute Menschen."

Seine Augen strahlten.

„Das freut mich sehr, gnädiges Fräulein, daß Sie mir Ihre Sympathie entgegenbringen, wenn ich auch nicht weiß, womit ich sie verdient habe."

„O, irgendwie verdienen Sie sie schon. Gelt, Dagmar, ich habe schon immer eine gute Meinung von Herrn Jansen gehabt."

Dagmar nickte lächelnd.

„Das kann ich bezeugen."

Ralf sah die Komtesse forschend an.

„Also haben Sie schon früher zuweilen von mir gesprochen?"

„Sehr oft sogar", erwiderte Lotte, ehe Dagmar antworten konnte. „Sie ahnen wohl nicht, daß Sie das Interesse der ganzen Umgegend in Anspruch genommen haben! Alle haben von Ihnen gesprochen. Aber meine Schwester und ich, wir waren immer derselben Meinung über Sie und überzeugt, daß — aber nein — jetzt steht mich meine Schwester mahnend an. Ich bin eine Plaudertasche, und was ich eben noch sagen wollte, das darf eine Dame einem Herrn nicht sagen. Und außerdem wäre es schade, wenn Sie eitel würden."

Er lächelte amüsiert.

„Vielleicht bin ich schon eitel."

Sie schüttelte den Kopf.

„Nein, eitel sind Sie gottlob gar nicht."

„Woher wissen Sie das?"

Lotte zuckte die Achseln.

„Das liegt mir so im Gefühl. Ich kann nicht sagen, weshalb ich Sie nicht für eitel halte, ich weiß nur, daß Sie es nicht sind. Und das ist gut. Eitle Männer sind gräßlich."

Dagmar faßte liebevoll mahnend die Hand der Schwester.

„Nun ist es aber wirklich genug, kleine Plaudertasche."

Lotte klopfte sich auf den Mund.

„Ja, Dagmar, es ist ein Kreuz mit mir — den Mund kann ich nicht halten. Was mir durch den Sinn geht, muß heraus. Ich erscheine Ihnen nun wohl sehr geschwätzig und vorlaut, Herr Jansen, und vielleicht auch gefühllos. Da drüben liegt Papa — und das Herz ist mir so voll von Angst und Not — aber schwatzen muß ich trotzdem. Bitte, denken Sie deshalb nicht schlecht von mir."

Ralf beugte sich vor und sah warm und herzlich in ihre Augen.

„Ich freue mich, daß Sie so lieb und freundlich mit mir plaudern — und so natürlich. Das hilft mir doch über meine eigene Unsicherheit hinweg."

„Ach, Sie sind doch nicht unsicher. Ihr Auftreten ist so sicher und bestimmt."

„Ich verstelle mich nur", scherzte er. „Im Grunde ist mir so unsicher zumute, wie einem Schulbuben, der seine Lektion nicht gelernt hat."

Dabei sah er Dagmar an und freute sich, daß ein Lächeln über ihre Züge flog.

Jetzt kam Frau Ellen zurück und reichte Ralf das Schriftstück.

„Ist es recht so, Herr Jansen?"

Er überflog es und verneigte sich.

„Das genügt vollständig", sagte er und steckte es zu sich.

(Fortsetzung folgt.)

daß wir nicht mehr unser Fuhrwerk mit eigenen Händen ziehen müssen."

Durch den Kranz von Gärten und Dörfern, der um die Großstadt gelegt wurde, gelang es in kurzer Zeit, die Not in den Großstädten zu lindern. Gemüse und Kartoffeln, Eier und Fleisch wurden billig. Ließen es sich die neuen Grundbesitzer doch nicht nehmen, auch bald Schweine zu mästen. Die Siedler, die als unzufriedene Erwerbslose eine Gefahr für den Staat gebildet hatten, saßen, wenn auch nicht in behäbiger Ruhe, so doch als zufriedene Menschen auf ihren kleinen Besitzungen. Wenn sie abends aus der Stadt von der Fabrik zurückkehrten, gingen die Männer mit den Frauen durch die Gärten und die leuchtenden Blicke zeigten, daß die Menschen glücklich waren, auf eigenem Grund und Boden zu stehen, daß sie keine Angst mehr vor dem Alter hatten; so viel, Vater und Mutter zu ernähren, gab das Land immer her.

Kohle und Eisen nach dem Vertrag von Versailles und dem Abkommen von Spaa.

cand. mach. Fritz Ebbinghaus, Kamen.

Ueber die Bestimmungen des Versailler Vertrags und seine Folgen ist im deutschen Volke sehr wenig Kenntnis vorhanden; aus begreiflichen Gründen. Jeder von uns, der auf politische Reife Anspruch erheben will, muß aber eine eigene klare Meinung fassen über den Geist, der uns die Bedingungen diktierte. Damit jedermann den Vertrag von Versailles lesen kann, erschien in amtlichem Auftrage eine billige Volksausgabe, welche durch alle Buchhandlungen zu beziehen ist.

Durch diesen „Friedensvertrag" wird die Kohlenversorgung Deutschlands in vierfacher Weise getroffen. 1. Es wird bestimmt, daß Deutschland an Frankreich Jahr für Jahr den Ausfall seiner Kohlenmenge gutzumachen hat. Das ergibt während der ersten 5 Jahre eine Höchstmenge von 20 Millionen Tonnen jährlich, während der folgenden 5 Jahre eine solche von 8 Millionen jährlich. Für sich genommen, wäre dies eine verständige Bestimmung, die zu erfüllen Deutschland imstande sein müßte, wenn man ihm dazu seine übrigen Hilfsquellen gelassen hätte.

2. Deutschland sollte aber darüber hinaus „an Frankreich 10 Jahre lang 7 Millionen Tonnen Kohlen jährlich" liefern; ferner „an Belgien 10 Jahre lang 8 Millionen Tonnen Kohlen jährlich". An Italien sind zu liefern:

Juli 1919	bis	Juni 1920	4½	Millionen To.	
„ 1920	„	„ 1921	6	„	„
„ 1921	„	„ 1922	7½	„	„
„ 1922	„	„ 1923	8	„	„
„ 1923	„	„ 1924	8½	„	„
„ 1924	„	„ 1929	je 8½	„	„ jährlich.

Dem entspräche für das Jahr 1920/21 eine Gesamtablieferung zu 1 und 2 von 46 Millionen.

3. Diese Zahlen kommen dadurch zu erhöhter Bedeutung, daß Deutschland keineswegs mehr über seine Vorkriegsmenge an Kohlen verfügt. Die Gruben im Saarbecken fallen als „völlig schulden- und lastenfreies Eigentum" an Frankreich; im günstigsten Falle können wir sie nach 15 Jahren mit Gold zurückkaufen. Unser jährlicher Verlust an Kohle beläuft sich hierdurch auf 17 Millionen Tonnen.

4. Der empfindlichste Verlust droht uns in Oberschlesien, welches seinem endgültigen Schicksal durch die bevorstehende Abstimmung entgegensieht. Die jährliche Vorkriegsförderung in Oberschlesien betrug 43,44 Millionen Tonnen.

Um die Lage zu übersehen, in der wir uns befinden, müssen wir einen Vergleich mit der Vorkriegszeit anstellen. Von der Förderung von insgesamt 191,5 Millionen Tonnen im Jahre 1913 verblieben dem heimischen Verbrauch:

191 500 000 Tonnen, Förderung 1913.
19 000 000 „ , Eigenverbrauch der Gruben.

172 500 000 Tonnen.
33 500 000 „ Ausfuhr.

139 000 000 Tonnen, Deutschlands Verbrauch 1913.
Nach Abzug der abgetretenen Gebiete verbleiben:
139 000 000 Tonnen
— 19 000 000 „

120 000 000 Tonnen.

Dies stellt unsern heutigen Bedarf an Kohle dar, gemessen an dem Verbrauch von 1913.

Um aber unsern tatsächlichen Stand zu ermitteln, müssen wir Förderungsrückgang und Verminderung der Qualität in Rechnung setzen. Im Oktober 1920 betrug die Förderung 74% der friedensmäßigen; das ist eine hohe Leistung, die im Jahresdurchschnitt bei weitem nicht erreicht wurde. Indessen mag sie unserer Berechnung zugrunde gelegt werden. Genau so ist die Verringerung der Qualität mit 15% sehr mäßig angesetzt. Ferner soll unter Berücksichtigung größerer Sparsamkeit der Grubenverbrauch nur mit 14 Millionen Tonnen angesetzt werden. Das ergibt:

191 500 000	To.	Förderung 1913.
17 000 000	„	Saarbecken.
174 500 000	To.	
45 500 000	„	Förderungsverlust.
129 000 000	To.	
14 000 000	„	Grubenverbrauch.
115 000 000	To.	
46 000 000	„	Versailler Vertrag.
69 000 000	To.	
10 500 000	„	Qualitätsverlust.
58 500 000	To.	= 48 %.

Hiernach fände der heimische Bedarf gegenwärtig nur zur Hälfte seine Deckung. Etwas gemildert wird indessen dieser bittere Zustand — auf ⅔ Bedarfsdeckung — durch das Abkommen von Spaa. Bekanntlich ist diesem zufolge die gegnerische Forderung herabgesetzt auf eine jährliche Gesamtlieferung von 24 Millionen Tonnen, aber ohne bestimmte Verbindlichkeit für die Zukunft. Darnach gestaltet sich die Rechnung:

115 000 000	To.	
24 000 000	„	Spaa.
91 000 000	To.	
13 600 000	„	Qualitätsverlust.
77 400 000	To.	= 63,5 %.

Sind diese Zahlen schon äußerst bedenklich, so tritt die Zukunft Oberschlesiens geradezu als Schicksalsfrage für das niedergebrochene Vaterland auf. Wenn Oberschlesien verloren ginge, was nicht zu befürchten steht, dann würden uns verbleiben:

58 500 000	To.		77 400 000 To.
27 500 000	„	Oberschlesien	27 500 000 „
31 000 000	To.		49 900 000 To.
= 25,8 %	= ¼.		= 41,5 % = ⅖.

Von nicht geringerer Bedeutung ist unser zahlenmäßiger Verlust an Eisen, der uns allein in der Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich betroffen hat. Als im Jahre 1871 mit Lothringen zugleich die dortigen Erzlager an Deutschland zurückfielen, waren diese unverwendbar und wertlos. Erst durch das 1878 neu entdeckte „Thomas-Verfahren" wurden die lothringischen Eisenerze, die „Minette", mit einem Schlage verwertbar und erlangten für uns die hohe gegenwärtige Bedeutung, die in den nachfolgenden Ziffern verborgen liegt:

28 607 903 To., Erzeugung Deutschlands 1913.
21 136 265 „ , Erzeugung Elsaß-Lothringens 1913.

7 471 638 To. bleiben uns, also ¼.

Von Bedeutung ist ferner der Ausschluß des luxemburgischen Eisens und Stahles aus dem deutschen Zollverein, wodurch unserer Volkswirtschaft 7,3 Millionen Tonnen Eisenerze entzogen werden.

Das ist ein kurzer Ausschnitt aus dem Vernichtungsdokument von Versailles. Es bürdet uns darüber hinaus unübersehbare und nicht einmal völlig festgesetzte Verpflichtungen auf, an die wir im voraus gebunden sind. Die „hohen vertragschließenden Teile" der andern Seite hingegen handhaben die Bestimmungen ganz nach eigenem Belieben und setzen sich unbekümmert über sie hinweg, wenn darin eine Möglichkeit liegt, dem zerfetzten Deutschland noch mehr zu schaden. Dies erstreben sie mit allen Mitteln, die eine Fortsetzung des Krieges in anderer Form bedeuten. So versucht man, Oberschlesien zu Polen zu schlagen, trotzdem es niemals ein Bestandteil des geschichtlichen Polen gewesen ist, trotzdem es wirtschaftlich durchaus deutsch ist. Dies besagt, daß Oberschlesien so von Deutschland abhängig ist, daß es bei Polen zugrunde gehen muß. Was bekümmert aber die menschenfreundlichen Entente-Mächte in keiner Weise, wenn nur Deutschland zugrunde gerichtet wird. Polen selbst hat Oberschlesien gar nicht nötig und ist nicht in der Lage, es in seinem wirtschaftlichen Wohlstand zu erhalten, welchen deutsche Arbeit schuf.

Wer daher diese Zeilen sich zu eigen gemacht hat und die weiteren Bestimmungen im „Friedensvertrag" nachliest, muß sich zu der Forderung bekennen nach Revision des Vertrags von Versailles.

Deutsche Kinder in englischer Kriegsgefangenschaft.

(D.A.Z.) Erst nach und nach, nachdem die meisten Auslanddeutschen aus jahrelanger Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt sind, kommt so manches ans Tageslicht, was uns den Charakter unserer Gegner ins rechte Licht stellt und uns zeigt, was nicht nur auslanddeutsche Männer, sondern auch Frauen und Kinder in den Kriegsjahren über sich ergehen lassen mußten. Was mußten doch die Scharen deutscher Kinder erdulden, die man auf Ceylon und in Singapore, in Hongkong oder in der Südsee gefangen nahm. Drei Jahre hintereinander konnten über ein halbes Hundert deutscher Kinder aus dem Osten im Innern Australiens bei einer Hitze von 45 bis 50 Grad Celsius Weihnachten feiern — es waren ja nur „Hunnenkinder". Wie schlimm es den Kindern der Palästinadeutschen erging, nachdem sie in einem Lager in Aegypten (Heluan bei Kairo) untergebracht worden waren, finden wir ausführlich in dem Schriftchen eines Palästinadeutschen. „Die Deutschen Palästinas in englischer Gefangenschaft" von Otto König (Strom-Verlag, Dresden), geschildert. Nachdem wir erfahren haben, daß über 400 Kinder in allen Lebensaltern im Lager untergebracht waren, heißt es: „Der Feldwebel führte ein strenges Regiment unter den Knaben. Früh um 5 Uhr mußten sie aufstehen. Nach der üblichen Reinigung mußten sie ihre Betten machen, und dann wurde angetreten zum Exerzieren, welches bis ½8 Uhr dauerte. Die Engländer haben ja oft über den deutschen Militarismus geschrieben und geschimpft, aber selbst machen sie es, wie es scheint, noch schlimmer, denn sie fingen schon bei neunjährigen Knaben an, ihnen militärischen Schliff beizubringen. Nur einmal des Tages, nachmittags von 4 bis 5 Uhr, durften die Knaben ihre Mütter besuchen. Für die übrige Zeit war ihnen das Betreten des Hauptgebäudes streng verboten. Selbst die Mahlzeiten nahmen die Knaben und auch die Männer separat für sich ein... Auch die Frauen und Mädchen wurden sehr streng gehalten, und die Kommandantin übertraf in dieser Beziehung manchen Kriegsgefangenenlagerkommandanten. Früh um 9 Uhr war erste, nachmittags 5 Uhr zweite Kontrolle, und bei der Namensverlesung durfte auch nicht das kleinste Wickelkind fehlen... Bei den 80 Knaben, die, wie schon erwähnt, täglich zwei Stunden lang exerzieren mußten, ohne erst Nahrung zu sich genommen zu haben, ist es oft vorgekommen, daß etliche vor Hunger ohnmächtig zusammenbrachen..."

Lesen wir solche Tatsachen, so wundert uns die „erschütternde Statistik" von Dr. med. Steiner, Duisburg, die zuerst der „Auslanddeutsche", Stuttgart, veröffentlichte und die dann die Runde durch die deutschen Blätter machte, nicht mehr. Das Elend an Leib und Gesundheit, das uns Dr. Steiner zeigt, hier hat es seine Wurzel, in der inhumanen Behandlung kriegsgefangener Kinder und Frauen durch fünf lange Kriegsjahre — und seine Vollendung findet es in der „schwarzen Schmach" im Westen, der noch immer Frauen, Mädchen und Knaben zum Opfer fallen! Das Vaterland aber erkennt noch vielfach nicht, welche Opfer die Auslanddeutschen an Leib und Leben, in Schmach und Not gebracht haben, denn noch immer harren Tausende der Entschädigung, die ihnen aufs neue den Eintritt in menschenwürdige Verhältnisse gewährleistet.

Weitere Nachrichten.

(Eine rote Armee im Industriegebiet.) Die T.-U. meldet: Auf Grund von Anzeigen über bewaffnete Organisationsbildung der kommunistischen Partei wurden im Auftrage der Staatsanwaltschaft Haussuchungen bei den als Führer in Betracht kommenden Persönlichkeiten in Essen, Düsseldorf, Elberfeld und Lünen vorgenommen. Erdrückendes Material über das Bestehen einer roten Armee wurde gefunden. Verschiedentliche Festnahmen sind erfolgt.

— **Wilhelm II. und Nikolaus II.** In den Erinnerungen des verstorbenen russischen Ministerpräsidenten und Finanzministers Grafen Witte finden sich auch Angaben über die Beziehungen des letzten deutschen Kaisers zu dem russischen Zaren, die bekannte Tatsachen durch Details ergänzen. Zar Alexander, der Vater des Zaren Nikolaus, konnte den Kaiser Wilhelm wegen dessen Vorliebe für prunkvolle Veranstaltungen nicht recht leiden, auch Nikolaus hielt sich anfänglich sehr zurück. Das änderte sich aber, als der Kaiser den Zaren bei seiner Eitelkeit zu nehmen wußte. Diese Wilhelmschen Briefe mit ihrem zum Teil ganz seltsam anmutenden Inhalt an den „liebsten Niki" sind ja bekannt, ebenso, was Graf Witte von der Vorliebe des Kaisers für prunkvolle Uniformen erzählt. Auch daß sich der Kaiser in einem Telegramm Admiral des Atlantischen Ozeans nannte, während er den Zaren als Admiral des Stillen Ozeans begrüßte. Graf Witte sah in der deutschen „Pachtung" von Kiautschou einen Anlaß zu späteren Konflikten mit Japan. Er meint, Nikolaus, der die Japaner nur die „Affen" nannte, sei von dem deutschen Kaiser in dieser seiner Haltung beeinflußt worden. Wie der letztere über die Verhältnisse im fernsten Osten dachte, sagt die kaiserliche Zeichnung mit der Unterschrift: „Völker Europas, wahret eure heiligsten Güter!"

— **(Eine preußische Königspartei.)** Wie der „Reichsbote" meldet, ist die Gründung einer Preußischen Königspartei erfolgt. Die neue Partei sieht ihre Aufgabe in einer monarchistischen Propaganda, ohne den Rechtsparteien Konkurrenz machen zu wollen.

— **(Die schlecht versorgte Pfalz.)** Nach den Berichten der Landesfettstelle steht einwandfrei fest, daß die Pfalz mit zu den am schlechtesten mit Milch versorgten Gebieten Deutschlands zählt. Die Kindersterblichkeit steigt bedenklich. Der Ernährungszustand der Kinder ist erschreckend. Aus den von den Amtsärzten gelieferten Ziffern geht hervor, daß die Hälfte aller Kinder in der Pfalz an Unterernährung leidet und gesundheitlich gefährdet ist.

— **(Unter fremder Herrschaft.)** Die Frankfurter Zeitung meldet aus Koblenz: Die Besatzungsbehörden gehen in letzter Zeit wieder mit ausgesuchter Strenge gegen die wehrlose deutsche Bevölkerung der Rheinlande und gegen die vollends ohnmächtigen deutschen Behörden vor. Der Landrat Leining von Neuß erhielt 6 Monate Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe, wegen Ungehorsam gegen den englischen Bevollmächtigten. Er hatte unterlassen, die von ihm angeforderte Nachweisung über Automobile rechtzeitig zu liefern. In Koblenz sind 4 Beamte der Reichsvermögensverwaltung ihres Amtes entsetzt worden, weil sie einer Requisitionsforderung nicht rechtzeitig nachgekommen waren.

— **(Vor der Ausschließung der Kommunisten aus dem Metallarbeiterverband.)** Die Krise in dem Deutschen Metallarbeiterverband hat jetzt bei der Tagung in Stuttgart zu einem Beschluß geführt, der letzten Endes die Ausschließung der Kommunisten aus dem Metallarbeiterverband bedeutet. In der Beiratssitzung wurde der Beschluß gegen elf Kommunisten angenommen. Darin heißt es: „Wer Schwächung und Zersetzung unseres Verbandes betreibt, erschwert den ohnehin erbitterten Kampf gegen den Kapitalismus und ist deshalb als Schädling des Verbandes zu behandeln. Der erweiterte Beirat, der sich auf den Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stellt und das Treiben der Moskauer Gewerkschaftsinternationale in schärfster Weise verurteilt, fordert deshalb vom Vorstande, daß er gegen Mitglieder, welche eine derartige, die Interessen des Verbandes und seiner Mitglieder schädigende Tätigkeit ausüben, mit allen statutarisch zulässigen Mitteln vorgeht. Funktionär kann nicht sein, wer seine Arbeit im Verbande von den Weisungen außerhalb des Verbandes stehender Personen oder Stellen abhängig macht." Der Beschluß ist deshalb bedeutungsvoll, weil er sowohl den Haupt-, als auch den Ortsgruppenvorständen das Recht gibt, die ihnen unbequemen kommunistischen Funktionäre auszuschalten und sie sogar aus den Verband auszustoßen.

— **(Südamerika gegen den Völkerbund.)** Das Sekretariat des Volksbundes teilt mit, daß ein Antrag Argentiniens an den Völkerbundsrat eingegangen ist auf Revision der Verfassung des Völkerbundes. Ein zweiter Antrag Chiles an den Völkerbundsrat verlangt die Aufnahme aller Kulturnationen in den Völkerbund en bloc.

— **(England und Rußland.)** Eine amtliche Kundgebung aus Moskau besagt, russische führende Kreise betrachteten die Beziehungen zwischen England und Rußland als äußerst ernst. Sie blicken mit Argwohn auf die Hartnäckigkeit der britischen Regierung bei der Abweichung von dem Zultüberein kommen. Das Ergebnis dieses Vertrauensbruches seitens Englands muß voll und ganz der Verantwortlichkeit der britischen Regierung zur Last gelegt werden.

— **Auch ein Zeichen der Zeit.** Der Bürgermeister Hertwig in Suhl (Thüringen) erklärte in der Stadtverordnetenversammlung, daß die Stadt, nachdem die Stadtverordneten große Projekte angenommen hätten, ohne für Deckung zu sorgen, vor dem finanziellen Zusammenbruch stehe. Er habe deshalb die Ablieferung weiterer Steuern an den Staat eingestellt. Er ist sich bewußt, daß er sich dadurch strafbar mache, aber er sei zu dieser Maßnahme gezwungen, weil er sonst keine Gehälter an die Beamten und keine Löhne an die städtischen Arbeiter zahlen könne.

— **Berlin im Schnee.** Während der gestrigen Nacht gingen über Berlin und Umgebung ungeheure Schneemassen nieder. In den Vororten ist der Schnee streckenweise kniehoch zusammengeweht. Der Straßenbahnverkehr ruht vollständig. Elektrisch betriebene Schneepflüge machen allmählich die Gleise frei. Der Vorortverkehr ist unregelmäßig und hat durchweg Verspätung. Die Temperatur ist über dem Nullpunkt.

— **Eine halbe Million bares Geld und über 1 Million in Waren gestohlen.** Geschäfts- und Wohnungseinbrecher haben in Berlin wieder an mehreren Stellen große Beute gemacht. So fanden sie bei der Zentral-Einkaufsstelle deutscher Schneider in der Kochstraße 60/61 für 300 000 Mark Stoffe und Seide und bei dem Kaufmann Cohn in der Linkstraße 15 für 150 000 Mark Seide. Noch größere Beute machten die Wohnungseinbrecher. Bei dem Kaufmann Siegfried Engländer in der Jablowskystraße fanden sie eine halbe Million bares Geld und bei dem Kaufmann Wilhelm Alsberg für 500 000 Mk. Gold- und Silbersachen, Kleidungsstücke usw.

Die Aufwärtsbewegung der Mark.

(TU) **Berlin** 19. Jan. Seit einigen Tagen ist eine auffallende Aufwärtsbewegung der Mark an sämtlichen ausländischen Börsen, vor allem in Neuyork, Paris, Zürich und Amsterdam, festzustellen. Der Grund dafür liegt zum Teil in Neuyorker Börsenspekulationen, vor allem aber in dem Abschluß des deutsch-holländischen Kreditabkommens. Man nimmt an, daß die Aufwärtsbewegung in den nächsten Tagen sich noch fortsetzen wird.

Große englische Flottenmanöver.

(TU) **Amsterdam,** 19. Jan. Sämtliche kampffähigen Geschwader der englischen Atlantikflotte sind gestern von Portland nach den japanischen Gewässern in See gegangen. Es ist dies das größte Flottenmanöver seit Ausbruch des Krieges. Die Geschwader werden zwei bis drei Monate ausbleiben.

Kleine Nachrichten.

Die Zeitung „Derniers Heure" meldet, daß die deutschen Delegierten mit dem Finanzminister und dem Minister des Aeußern eine neue Besprechung wegen der Markkonvention hatten. Die Besprechung wurde auf Montag vertagt, damit die Delegierten ihrer Regierung Bericht erstatten können.

Wie das Achtuhrabendblatt aus München meldet, wurde in der Arrestsache des Reichsfiskus gegen den bayrischen Abg. Gandörfer durch Urteil der über Gandörfer verhängte Arrest aufgehoben und das Urteil für sofort vollstreckbar erklärt.

Die Verhandlungen zwischen den Leipziger Metallindustriellen und den nicht im Streik befindlichen Arbeitern von 16 Firmen haben zu einem befriedigenden Ergebnis geführt, sodaß von der bereits beschlossenen Aussperrung von 50% aller Metallarbeiter abgesehen werden kann. Die Hauptforderung auf restlose Wiedereinstellung aller streikenden Arbeiter wurde fallen gelassen.

Stimmen aus dem Publikum.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von ausgewiesenen Verfassern aufgenommen, auch solche, mit denen sich die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden erklärt.

(Eingesandt.)

Kamen, 20. Jan. (Unglaublich aber wahr!) Im vergangenen Jahre ist vor dem Küperschen Hause auf der Weststraße 4 der Hydrant der Wasserleitung dreimal durch eine Straßenzuglokomobile beschädigt worden. Die Reparaturen sind laut Rechnung durch das städtische Wasserwerk ausgeführt worden, und zwar am 21. und 26. Mai und 2. Juni 1920. Die Kosten dieser dreimaligen Reparatur mit 343,60 Mark verlangt das Wasserwerk von den Geschwistern Höning, die von dem Hydranten aus ihren Wasserleitungsanschluß haben, erstattet. Da die Geschwister diesen Betrag unmöglich zahlen können — es handelt sich um über 80 Jahre alte Damen, die mit geringen Mietseinnahmen des Hauses Weststraße 4 und einigen 100 Mark ihr Leben fristen —, so weigern sie, und das auch mit vollstem Recht, die Zahlung der Reparaturkosten von 343,60 Mark. Alle Vorstellungen sowie eine Eingabe an den Magistrat, den Betrag zu erlassen, haben erfolglos. Der Bürgermeister unserer Stadt hat darauf angeordnet, daß die Wasseruhr aus dem Hause Weststraße 4 weggeholt und das Wasser abgesperrt werden solle. Das ist geschehen am 31. Dezember 1920. Seit dieser Zeit sind also die Bewohner des Hauses, nämlich Familie Höning, Familie Döller und Kaufmann Sirringhaus ohne Wasser. So geschehen im Jahre des Heils 1920 nach Christi Geburt in der Stadt Kamen. Ja, die Leute haben Recht, wenn sie sagen: „Es gibt nur ein Kamen". Ein Verwandter der Geschwister Höning ist auf erhobene Beschwerde persönlich bei der Regierung vorstellig geworden. Da aber nach Angabe des zuständigen Regierungsrats der Bürgermeister von Kamen diesem auf telephonischen Anruf erwidert hat, es läge kein Notfall vor, die Frauen könnten sich das Wasser aus der Nachbarschaft holen oder durch das Dienstmädchen holen lassen — nebenbei gesagt können sich die Damen ein Dienstmädchen bei ihrem geringen Einkommen nicht halten —, in Kamen gäbe es auch noch Pumpen und Brunnen, so hielt die Regierung in Arnsberg es für erforderlich, auf dem Instanzenwege über das Landratsamt in Hamm von der Stadt Kamen Bericht einzufordern. Bis dieser eingeht und bis dann der Regierungsentscheid in Kamen wieder eintrifft, wird wohl noch eine geraume Zeit vergehen. Die Bewohner des Hauses Weststraße müssen also bis dahin ohne Wasser leben, obwohl Wasser zum Leben ebenso notwendig ist, wie Luft und das liebe Brot. Wie sie das machen sollen, ist wohl ein Geheimnis unseres Stadtoberhauptes. Was sagen unsere Stadtväter zu einem solchen Vorgehen unseres Bürgermeisters?

Vereinsnachrichten.

Kamen, 20. Jan. **(Für das Altersheim.)** Der am Sonntag, den 16. Januar, stattgefundene Wohltätigkeits-Theater-Abend des Turnvereins „Kaiserkrone" zu Gunsten des hiesigen Altersheims kann als wohlgelungen bezeichnet werden. Wenn auch die Beteiligung nicht so eingesetzt hatte, wie es im Interesse des guten und edlen Zwecks erwünscht gewesen wäre, und man erhofft hatte, so hatten die Mitwirkenden doch die Genugtuung, vor einem leidlich besetzten Hause ihr bestes Können zu zeigen. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Fr. Nebbe, wies in kurzen Worten auf die Bedeutung des Abends hin und dankte für das Erscheinen. Er brachte die Freude der Turner zum Ausdruck, Vertreter des Magistrats und der Stadtverordneten mit ihren Damen als Gäste in ihrer Mitte zu sehen. Leider war man in letzter Stunde genötigt gewesen, eine Neubesetzung einiger Rollen vorzunehmen. Dieses tat jedoch dem Gesamteindruck keinen Abbruch. Die langen Rollen der Frau von Rembach und der Obstverkäuferin Frau Brenert, dargestellt von Frau Fr. Drever, sowie die Rolle der Brigitte im Singspiel, dargestellt von Frau H. Kirk, wurden meisterhaft wiedergegeben, und haben sich die beiden Damen ihrer schwierigen Aufgabe auf das vortrefflichste erledigt, darum sei ihnen auch an dieser Stelle bestens gedankt. Eine schöne Beigabe zum Programm bot auch das Mitglied Herr Steiger Blank durch seine ernsten und heiteren Vorträge. Stürmischer Beifall wurde ihm hierfür zuteil. Erwähnung verdienen jedoch auch noch die Herren Kapellmeister August Herzog sowie Friseur W. Borwig, die beide bei ganz vorzüglichen Leistungen bereitwilligst im Interesse der guten Sache wirkten. Möge der erzielte Reinertrag, der in den nächsten Tagen an dieser Stelle noch bekannt gegeben wird, der Verwaltung unseres Altersheims eine willkommene Beigabe sein wird, den alten Leutchen des Altersheims viel Freude bereiten, und das Interesse der Bürgerschaft für dasselbe gefördert haben, dann ist auch den Theaterspielern des Turnvereins „Kaiserkrone" für die Aufopferung, die sie während der kalten Abende bei den Proben besonders zum Ausdruck gebracht haben, der herrlichste Lohn beschieden. Der Verein aber kann mit Stolz auf den 16. Januar 1921 zurückblicken. Gut Heil!

Bergkamen, 20. Jan. **Der Krieger- und Landwehrverein** hielt am vergangenen Sonntag seine Generalversammlung ab. Die erstatteten Berichte legten ein erfreuliches Zeichen des Wachstums ab. Der Verein bekannte sich wiederholt nochmals zu seinen in der Generalversammlung 1919 aufgestellten Grundsätzen der Pflege der Kameradschaft, Fürsorge der Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen, und sozialen Wohlfahrtspflege. Davon legten Zeugnis ab die aus Mitteln der eigenen Mitglieder ausgewandten Unterstützungen des Vereins für obige Zwecke, welche sich auf insgesamt 3100 Mark belaufen. Am letzten Weihnachtsfeste wurden allein 700 Mark verteilt und die Veteranen mit einer Ehrengabe bedacht. Die Mitgliederzahl erhöhte sich gegen 1919 um 53 und beträgt z. Zt. 230. Sämtliche Mitglieder sind zugleich der Sterbekasse angeschlossen, die in Sterbefällen ein Sterbegeld von 180 Mark gewährt. Für die Waisenhäuser des Deutschen Kriegerbundes wurde eine Fechtschule errichtet. Als Fechtmeister wurde Kamerad Schäfer gewählt. Nach den Wahlen von Ersatzmitgliedern zum Vorstand, Wohlfahrts- und Unterstützungskommission, Rechnungs- und Festausschuß schloß der rührige 1. Vorsitzende Kamerad Kenter die sehr rege verlaufene Versammlung.

Sport.

Kamen, 20. Jan. **Fußballresultate vom 16. Januar.** Dortmund: Sportklub 1895 gegen Verein für Bewegungsspiele 1:2; Sportverein 1908 gegen Langendreer 4:2. Hamm: Turn- und Sportverein gegen Verein für Körperpflege 1:0; Spielverein gegen Sportklub Minden 4:1. Bielefeld: „Arminia" gegen Gütersloh 5:1. Paderborn: Jugendpflege gegen Verein für Bewegungsspiele Bielefeld 0:1. Unna: Sportklub gegen „Westfalia"-Wickede 1:0. Massen: Fußballklub 1. Jugend gegen Sportverein Kamen, 2. Jugend. Massen verzichtet kampflos auf die Punkte. Kamen: Sportverein 3 gegen Spiel und Sport-Hamm 3:0; Sportverein 1. Jugend gegen „Westfalia"-Wickede 1. Jugend 2:2. Hamm: Spiel und Sport 2. gegen Sportverein Kamen 2. Hamm verzichtet kampflos auf die Punkte. In Nürnberg fand vor 20 000 Zuschauern das mit größter Spannung erwartete Spiel der beiden Meisterschaftsanwärter, 1. Fußballklub Nürnberg und Spielvereinigung Fürth statt. Dr. Bauwens-Köln leitete das Treffen. Nürnberg hatte für zwei Mann Ersatz einstellen müssen, war aber trotzdem mehr im Angriff. Fürth verteidigte geschickt, aber auch sehr zahlreich. Ergebnis 0:0. Eckenverhältnis 4:1 für Nürnberg. Der vorjährige deutsche Meister hat hierdurch einen Vorsprung von vier Punkten vor Fürth, sodaß ihm die Kreismeisterschaft kaum noch zu nehmen sein dürfte. — Die italienische Wettspielreise des Wiener Fußballklubs „Amateur" war ein großer Erfolg. Die Spiele in Mailand und Venedig wurden glatt gewonnen, während eine Begegnung in Casale mit einer kombinierten Mannschaft Alessana — F. C. Casale unentschieden 1:1 endete.

Kamen 20. Jan. Am vergangenen Sonntag spielte auf dem Sportplatz Schützenhof im Verbandsspiel der A-Klasse die 3. Mannschaft des Sportvereins gegen die gleiche Mannschaft des Spiel- und Sportklubs Hamm. S. V. K.'s 3. Mannschaft bewies auch diesmal die in den letzten Spielen gezeigte gute Form und konnte ihren Gegner überlegen mit 3:0 besiegen. — Die 1. Jugendmannschaft konnte gegen den V. V. „Westfalia"-Wickede-Asseln nur ein unentschiedenes 2:2 Ergebnis herausholen. — Die 2. Stammannschaft und die 2. Jugendmannschaft weilten auswärts und konnten die Punkte für sich buchen, da ihre Gegner, Sp. u. Sp. Hamm's 2. Mannschaft und die 1. Jugendmannschaft des F.-C. Massen 19 zu spät antraten. — Am kommenden Sonntag spielt im Merschschen Sportvereins 1. Mannschaft gegen Sp. u. Sp. Hamm.

Briefkasten.

Weddinghofen 1000. Der Hauswirt ist verpflichtet, mit Eintritt der Dunkelheit Flure und Treppen seines Hauses zu erleuchten und zwar so lange, als ein allgemeiner Verkehr im Haus stattfindet. Er haftet für Unfälle, die sich infolge Außerachtlassung dieser Vorschrift ergeben. Diese Haftung besteht auch dann, wenn er durch Vertrag die Beleuchtung den Mietern auferlegt hat.

Die Kamener Zeitung
ist täglich sofort nach Drucklegung im Bahnhofsrestaurant zu haben.

Von der Angestelltenversicherung.

In Nr. 22 vom 17. November 1920 der Zeitschrift des Zentralverbandes der Angestellten „Der freie Angestellte" wird in einem Artikel „Die Angestelltenversicherung" darüber Klage geführt, daß die in Aussicht genommene Erhöhung der Beiträge zur Angestelltenversicherung die Angestellten in den unteren Gehaltsklassen unverhältnismäßig mehr belasten werde als die der höheren Gehaltsklassen. Hierzu hat das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte folgendes zu bemerken:

Die starke Erhöhung der Beiträge in den unteren Gehaltsklassen beruht zu einem Teil auf der beabsichtigten Beseitigung der Doppelversicherung. Da künftighin für die der Angestelltenversicherung unterliegenden Personen Beiträge zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nicht mehr zu entrichten sein werden, so müssen die Beitragsermäßigungen in den Gehaltsklassen A—E, die früher mit Rücksicht auf die gleichzeitige Verpflichtung zur Beitragsentrichtung an die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung zugestanden waren, beseitigt werden.

Zum anderen Teile beruht aber die Beitragserhöhung darauf, daß gleichzeitig auch die Leistungen in den unteren Gehaltsklassen besonders stark erhöht werden sollen.

Nach den Abänderungsvorschlägen des Direktoriums soll die Erhöhung der Leistungen in der untersten Gehaltsklasse je nach der Versicherungsdauer das acht- bis fünffache der bisherigen Sätze betragen; mit den übrigen Gehaltsklassen nimmt die Erhöhung der bisherigen Leistungen allmählich ab. Diese Erhöhung der Leistungen in den unteren Gehaltsklassen ist die Folge der Einführung des für alle Gehaltsklassen gleichen Grundbetrages als neue Leistung, durch die sich naturgemäß auch die Beitragssätze für diese Gehaltsklassen in besonderem Maße erhöhen müssen.

In einem anderen Artikel der gleichen Nr. des genannten Blattes wird unter „Die Vergewaltigung der Versicherten" berichtet, daß die „Afa"-Vertreter eine gemeinsame Besprechung von Vertretern der Angestelltenverbände über die vom Direktorium der Reichsversicherungsanstalt vorgelegten Abänderungsvorschläge zum Versicherungsgesetz für Angestellte unter Protest verlassen hätten, weil sie die angebliche Vergewaltigung der Interessen der Versicherten nicht mitmachen wollten. Tatsache ist, daß die Afa-Vertreter es zunächst versucht hatten, eine Hinausschiebung der Sitzung zu erreichen und daß sie, als die Sitzung der Verbände trotzdem stattfand, in der Sitzung die Verhandlung über Fragen verlangten, über die in diesem Rahmen nicht zu verhandeln waren und die deshalb nicht auf der Tagesordnung standen. Als ihr desbezüglicher Antrag von der überwiegenden Mehrheit der Versammelten abgelehnt war, entfernten sie sich, anstatt positive Mitarbeit im Interesse der Versicherten zu leisten.

Kleine Nachrichten.

Die Frankfurter Zeitung meldet aus Rom, d'Annunzio hat Fiume verlassen. Er läßt sich in Paris nieder.

In den Kreisen des Vatikans geht das Gerücht, daß 227 Prälaten der flämischen Region sich an den Papst gewandt und ihn gebeten haben, den Kardinal Mercier seiner Würde zu entheben.

König Konstantin hat sich an die Front begeben. Eine große Anzahl von Truppen wird als Verstärkung geschickt. General Papulos wird durch General Nider ersetzt. Der erste Angriff der Griechen ist mißglückt. Die große Offensive wird bis zum Eintreffen der Verstärkungen verschoben.

Der „Wiener Abend" hatte eine kurze Meldung gebracht, die Niederländische Regierung habe Verschwörungspläne des Exkaisers und des Exkronprinzen aufgedeckt und sie daher ersucht, das Land zu verlassen. Die offiziöse Niederländische Telegraphenagentur bezeichnet diese Meldung als jeder [illegible] entbehrend.

[illegible]tsche Regierung hat an die Ministerien der alliierten Regierungen die Bitte gerichtet, die Angelegenheit der Auslieferung des Festungsmaterials der Marinefestungen bei der bevorstehenden Tagung des Obersten Rates einer Nachprüfung zu unterziehen. Zugleich ist die Kontrollkommission gebeten worden, die Forderung der Auslieferung des Materials bis zur Entscheidung des Obersten Rates zurückzustellen.

Nach einer Meldung des Oberschlesischen Wanderers haben bisher sich zur Abstimmung in Oberschlesien 216000 nicht in Oberschlesien wohnende Abstimmungsberechtigte angemeldet.

Ungepreßt

und gereinigt wird jeder

Herrenhut

für nur **17.50 Mark**

in eigener Werkstatt.

Damenhüte und Pelze

werden billigst umgearbeitet.

Gebr. Keil, Kamen,

309 Bahnhofstraße 57.

Billige Drehstrom-Motore.

220—380 V., Kupferw., neu, 1 Jahr Garantie.

1 Ps.	1800 Mk.
2 Ps.	2200 Mk.
3 Ps., Schleifanker,	3800 Mk.
4 Ps., Schleifr.	4300 Mk.
5 Ps.	5000 Mk.
7,5 Ps.	6400 Mk.
10 Ps.	7600 Mk.

Fabr. Wasa. A. E. G., Sachsenw., sofort lieferbar ab Lager Dortmund bezw. Fabrik.

Stets Lagermotoren vorhanden in Dortmund. Bügeleisen, Widerstände, Glühlampen billigst. Verlangen Sie Offerte. Besuche kostenlos. 195

Theodor Rüse, Dortmund,

Mißundestraße 53. Tel. 3327.

Schlachthofdirektor und prakt. Tierarzt

Dr. med. vet. Wilhelm Meyer

und

Frau Erna Kessler geb. Hapke

beehren sich ihre Vermählung anzuzeigen.

Kamen, den 20. Januar 1921. 322

Ihre Vermählung zeigen an

Rudolf Niehus
Bernhardine Niehus
geb. Sauerland.

Bergkamen, den 20. Januar 1921. 321

Haus- u. Grundbesitzer-Verein i. E.

Sonntag, den 23. Januar, nachmittags punkt 6 Uhr, findet im Hotel „Monopol" (Fr. Herms) eine wichtige

Versammlung

statt. Alle Haus- und Grundbesitzer, die Interesse für diese wichtige Sache haben, versäumen nicht, zu erscheinen. Tagesordnung wird dort bekannt gegeben.

Der provisorische Ausschuß. 330

Verband der freien deutschen Turnerschaft
Sitz Kamen.

Zu der am **Sonntag, den 23. Januar,** im Saale des Wirts Droege stattfindenden

Haupt-Delegierten-Versammlung

werden sämtliche Mitglieder der Vereine, die dem Verbande angehören, herzlichst eingeladen.

Thema:

Unfall- u. Haftpflichtversicherung.

337 **Der Vorstand.**

Speisekartoffeln

gelbfleischige Industrie, verkaufe ich ab Donnerstag am Güterbahnhof. 329

Engelbert Goselwitz
Frdr. Mork Nachf.

Oststraße 27. Telephon 149.

Neu erschienen!

Telefon-Verzeichnisse

nach amtlichen Unterlagen, enthaltend, die Namen aller beim Postamt Kamen angeschlossenen Telefoninhaber.

Unentbehrlich für jeden Telefonanschluß.

Preis je Stück 3.00 Mark.

Erhältlich in der

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Bekanntmachung.

Die Kreiseingesessenen werden darauf hingewiesen, daß die Beiträge zur Westf. Berufsgenossenschaft für das Jahr 1920 in der ersten Hälfte des Monats Februar erhoben werden.

Hamm (Westf.), den 14. Januar 1921.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
J. V.: v. Campe.

Turnklub Eichengrün Kamen.

Samstag abend ½9 Uhr

General-Versammlung.

Um pünktliches Erscheinen bittet 338

Der Vorstand.

Reparaturbedürftige

Flügel, Pianinos und Harmoniums

jeden Alters werden in unseren Werkstätten innerlich und äußerlich wieder so hergestellt, daß sie jahrzentelg. d. höchsten Ansprüchen ihres Besitzers genüg.

Carl Ebel & Sohn,

Unna, Pianofortefabrik mit elektr. Antrieb.

Für unsere Arbeiten leisten wir volle Gewähr.

Zwei komplette

Geschirre

mit Kopfstück zu verkaufen. p331

Kurt Hauk,
Weddinghofen 47.

Eine gute p315

Ziege,

zum 2. Male melk werdend zu verkaufen.

Bergkamen,
Töddinghauserstraße 45.

Eine kleine, braune

Jagdhündin
(Wachtel)

entlaufen.

Wiederbringer erhält Belohnung. 344

Schulze-Bergcamen jr., Bergkamen.

Fräulein. 23 Jahre alt, sucht zum 1. Februar

Stellung

in frauenlosem Haushalt als Haushälterin.

Offerten unter 335 an an die Geschäftsstelle.

Zum 1. Febr. oder 1. März ein fleißiges und sauberes p336

Mädchen

von 16—18 Jahren gesucht.

Bahnhofstr. 50a.

Zum 15. Febr. ein ordentliches p328

Mädchen

gesucht.

Frau A. Jacobi,
Bahnhofstraße 28.

Suche zum 1. März ein tüchtiges i306

Mädchen

Frau Apotheker Kocke.

Mädchen,

das im Nähen schon etwas bewandert ist oder Lehrmädchen gegen sofortige Vergütung sofort gesucht.

Zu erfragen in der Geschäftsst. dies. Ztg. 318

Auf nach Kaiserau!!!

„Alt-Heidelberg, du feine, du Stadt an Ehren reich,
am Neckar u. am Rheine, kein' andere kommt dir gleich,
Stadt fröhlicher Gesellen, an Weisheit schwer und reich.

Sonntag, den 23. Januar 1921, veranstaltet der Dilettanten-Verein **„Frohsinn" Kaiserau-Westick** in den Lokalen des Herrn Fr. Schulz, einen

großen Theater-Abend

mit nachfolgendem Ball!

— Zur Aufführung gelangt: —

Alt-Heidelberg

Schauspiel in 5 Aufzügen 334

unter Mitwirkung der Bergkapelle Kurl.

Zum erstenmale von einem dramatischen Vereine aufgeführt. Bisher nur von größeren Theatern gegeben worden.

Kassenöffnung 3 Uhr. Anfang des Theaters 4 Uhr.

Karten im Vorverkauf 4.— Mark, an der Kasse 5.— Mark.

Kinder, auch in Begleitung der Eltern, haben keinen Zutritt.

Genußreiche Stunden versprechend, ladet freundlichst ein

Der Vorstand des Dilettanten-Vereins.
Der Vereinswirt: Fr. Schulz.

Sängervereinigung Kamen

Dirigent: August Heinermann, Barop.

Sonntag, den 23. Januar, nachmittags 4½ Uhr

Konzert

im Wohlfahrtsgebäude Schacht Grimberg.

Mitwirkende:

Sängervereinigung,
E. Bode, Kapellmeister.

Anschliessend: Tanz.

Passive Mitglieder frei gegen Mitgliedskarte. 332

Amt Unna-Kamen.

Die **Wählerlisten** für die Wahlen zum Landtag, Provinziallandtag und Kreistag liegen gemäß § 12 des Landeswahlgesetzes vom 23. Januar bis einschließlich 6. Februar 1921 in den einzelnen Gemeinden des Amtsbezirks bei den Gemeindevorstehern von 9 bis 12 Uhr vormittags zu jedermanns Einsicht aus.

Einsprüche sind bis zum Ablauf der Auslegungsfrist schriftlich oder zu Protokoll bei dem Gemeindevorsteher anzubringen; sie werden innerhalb der nächsten 14 Tage erledigt.

Unna, den 17. Januar 1921.

Der Amtmann: Lehmhaus.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 14 des Landeswahlgesetzes vom 3. Dezember 1920 (R.-G.-Bl. S. 559 ff.) und der §§ 20 und 21 der dazu ergangenen Landeswahlordnung vom 10. Dezember 1920 (R.-G.-Bl. S. 571 ff.), sowie des Erlasses des Herrn Ministers des Innern vom 31. Dezember 1920 habe ich zum **Kreiswahlleiter** für den 18. Wahlkreis „Westfalen Süd", umfassend den Regierungsbezirk Arnsberg, den **Oberbürgermeister Dr. Eichhoff** in **Dortmund,** und zu seinem **Stellvertreter** den **Landrat, Geh. Regierungsrat Dr. Klauser** in **Dortmund** ernannt.

Arnsberg, den 9. Januar 1921.

Der Regierungspräsident.

Veröffentlicht!

Hamm (Westf.), den 13. Januar 1921.

Der Landrat:
J. V.: v. Campe, Regierungs-Assessor.

Bekanntmachung

betr. Wahlen zum Landtag, Provinziallandtag und Kreistag.

Die Auslegung der gemeinsamen Wählerlisten oder Wahlkarten für Wahlen zum Landtag, Provinziallandtag und Kreistag beginnt mit Sonntag, den 23. Januar, und dauert mindestens bis Sonntag, den 30. Jan. ds. Js. einschließlich. Gemeindebehörden können bestimmen, daß Wählerlisten oder Wahlkarten länger als acht Tage, und zwar bis zu vierzehn Tagen ausgelegt werden.

Hamm (Westf.), den 13. Januar 1921.

Der Landrat:
J. V.: v. Campe, Regierungs-Assessor.

Visitenkarten

in jeder Ausführung
liefert schnell und preiswert

Kamener Zeitung.

Hellmann 10.